

## "In Brüssel geht es um den Werner-Plan" in Süddeutsche Zeitung (14. Dezember 1970)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. 14.12.1970. München.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"in\\_brussel\\_geht\\_es\\_um\\_den\\_werner\\_plan"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_14\\_dezember\\_1970-de-ccd1e47d-da6d-4c61-94ce-41cdccd00635.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 05/11/2012

## In Brüssel geht es um den Werner-Plan

[...]

Die Vorarbeiten für die Ministerverhandlungen über den Werner-Plan haben nach Schilderung der verantwortlichen Diplomaten unter einem „unmenschlichen Zeitdruck“ gestanden. In vier Tag- und Nachtsitzungen während der vergangenen Woche, deren physischer Belastung nicht alle Beteiligten standgehalten haben, bestätigten sich fundamentale Differenzen zwischen Frankreich und seinen Partnern. Frankreich will am 1. Januar 1971 in die erste dreijährige Etappe der wirtschafts- und währungspolitischen Harmonisierung eintreten, ohne jedoch schon in den Grundzügen klarumrissene politische Optionen zu übernehmen, in denen vor allem die Endziele, die beim Übergang von der ersten zur zweiten Stufe nötig werdenden Vertragsänderungen und die institutionelle Übertragung bisher nationaler Befugnisse auf Organe der Gemeinschaft festgelegt werden. Die französische Regierung hält das für verfrüht, wobei offenbar auch innenpolitische Rücksichten eine Rolle spielen. Sie möchte mit dem Argument, daß es von selbst weitergeht, wenn der Weg erst einmal eingeschlagen ist, sich auf die praktischen Beschlüsse zur Einleitung der ersten Etappe beschränken.

Frankreichs Partner sind jedoch einhellig der Meinung, den Weg erst einschlagen zu können, wenn sie wissen, wohin er führt, das heißt, wenn Beschlüsse über die einzelnen Stufen gefaßt und eingebettet sind in den großen Prozeß der Wirtschafts- und Währungsunion mit all ihren politischen Konsequenzen. Sie fürchten, daß der Zug andernfalls nach der ersten oder zweiten Etappe stehenbleiben könnte, daß Bedürftige die dann möglich gewordenen wirtschaftlichen Vorteile genießen könnten, ohne auch die politische Einigung vorangebracht zu haben.

Kompliziert wird das Problem überdies noch durch die italienische Forderung, eine klare regionalpolitische Verbindung zum Stufenplan herzustellen und einen Fonds einzurichten, weil sonst in der Wirtschaftsunion die Gefahr einer unausgewogenen Entwicklung bestünde. Der Ministerrat steht somit vor schweren politischen Entscheidungen, die, falls nicht doch noch eine weitere Zusammenkunft vor Weihnachten vereinbart wird, wohl eine Nachsitzung erforderlich machen, in jedem Falle aber das seit dem Haager Gipfel freundliche „europäische Klima“ beeinflussen werden.